

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1907

12.7.1907 (No. 188)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 12. Juli.

No. 188.

1907.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 3. Juli d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Prinzen Johann Georg von Schönau-Carolath das Kommandeurkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens Berthold des Ersten zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 21. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem ordentlichen Professor der Botanik und Direktor des botanischen Gartens an der Universität Freiburg, Geheimen Hofrat Dr. Friedrich Hildebrand, das Kommandeurkreuz II. Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 26. Juni d. J. gnädigst geruht, den ordentlichen Professor der Botanik und Direktor des botanischen Gartens an der Universität Freiburg, Geheimen Hofrat Dr. Friedrich Hildebrand, auf sein untertänigstes Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen und treugeleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen, und

den Professor Dr. Walter Straub an der Universität Würzburg zum ordentlichen Professor für Pharmakologie an der Universität Freiburg zu ernennen.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten vom 4. Juli d. J. wurde dem Postassistenten Friedrich Storch in Forzheim der Titel Postsekretär verliehen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 8. Juli d. J. wurde Betriebsassistent Hermann Waldvogel in Basel nach Bruchsal versetzt.

Berichtigung.

In der in Nr. 187 veröffentlichten Allerhöchsten Entschliebung vom 3. Juli d. J. über Verleihung von Rang-erhöhungen an Justizbeamte ist unter Ziffer 4 statt „Rang als Amtsrichter“ „Rang als Oberamtsrichter“ zu lesen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Politische Unterströmungen.

Im Zarenreich macht sich eine ernste Bestimmung gegen Frankreich bemerkbar. Nicht als ob sie erst jetzt entstanden wäre. Sie tritt nur endlich schärfer in der Öffentlichkeit hervor. Insbesondere hat sie in einer Zuschrift, der die „Nowoje Wremja“ Raum gab, Ausdruck gefunden. Da werden Frankreich allerlei Vorwürfe gemacht, weil seine Leiter erklärten, „keine Duma, kein Geld“, weil sie deutsche Tonichter und Säger ausgezeichnet haben, weil sie die russische Regierung vor weiß wie lange auf Antworten warten lassen, kurz, der Schluß lautet, sollte sich wider Erwarten zeigen, daß die Sache nicht mehr gut zu machen ist, „so können wir nur schweren Herzens, aber ruhigen Gewissens eingestehen, daß das französisch-russische Bündnis der Vergangenheit angehört, und unsere Blicke einer anderen Seite zuwenden“. Die „Nowoje Wremja“ hat diese Auslassungen nicht nur aufgenommen, sondern auch in einer besonderen Notiz die Aufmerksamkeit darauf gelenkt und hinzugefügt, so schwer auch Rußlands Lage augenblicklich sei, es werde sich niemandem aufdrängen, und seine Politik könne jederzeit nur frei und einer Großmacht würdig sein.

Diese warnende und drohende Stimme hat in Frankreich keinen einheitlichen Widerhall gefunden. Ein Teil der Presse spottet über den Hinweis auf die Möglichkeit, plötzlich die russischen Schulden an die Franzosen zurückzahlen, wodurch Milliarden in unsichere Werte gedrängt würden. Andere Blätter weisen die Bemerkungen über die Schwäche der französischen Armee nachdrücklich zurück, indem sie die russische Wehrkraft einer Kritik unterziehen. Wieder andere reden den Russen freundlich zu, an dem Bündnis nicht zu rütteln, das den Interessen beider Reiche entspreche. In Deutschland wird man diesen Erörterungen abwartend gegenübersehen. Daß solche Auseinandersetzungen kommen würden, war längst vorauszu sehen. Mit Blindheit geschlagen ist man ja wohl in Rußland hinsichtlich der auswärtigen Politik nicht. Die Russen haben mit den Japanern Krieg geführt und

sind unterlegen. Die Franzosen konnten und wollten ihren russischen Verbündeten keine Hilfe bringen, da sie um ihre eigene Existenz besorgt waren. Inzwischen hat Frankreich innige Freundschaft mit England und einen Bestand gewährleistendes Bündnis mit Japan geschlossen. Was nützt unter diesen Umständen das russisch-französische Bündnis noch dem Zarenreich? Vom Standpunkt der auswärtigen Politik ist es für Rußland allenfalls eine Last, nicht ein Vorteil. Die „Wostische Btg.“ meint, daß wenn die Anzeichen nicht trügen, die Zeit des russisch-französischen Bündnisses in der Tat vorüber ist. Vielleicht, daß es nicht aufgelöst wird, sondern allmählich verimpft. Mit aller Welt kann man nicht verbündet sein, und neue Verträge schwächen die alten. Das Bündnis Frankreichs mit Rußland war auf den Krieg gegen Deutschland berechnet. Da aber Frankreich sich neuerdings mit Staaten verbündet hat, die Rußland als seine Gegner anzusehen nicht umhin kann, müssen sich die Konsequenzen auf die Dauer von selbst ergeben. Jedenfalls beginnt es von der „Einkreisung Deutschlands“ still zu werden. Auch zeigt die Besserung unserer Beziehungen zu Paris und London, daß man dort die Ansicht für verfehlt hält, ein Staat wie das Deutsche Reich könne als quantité négligeable behandelt werden. Die Gruppierung der Mächte, die eine Zeitlang Deutschland umgünstig schien, kann sich schneller zugunsten Deutschlands ändern, als die Schwarzseher sich träumen ließen.

Aus St. Petersburg wird gerüchtwiese gemeldet, daß Zar Nikolaus in den nächsten Tagen eine Seereise antreten und mit Kaiser Wilhelm, der sich bekanntlich, wie alljährlich um diese Zeit, auf einer Nordlandsfahrt befindet, auf der See zusammentreffen werde.

In wenigen Tagen, am 23. Juli, werden zwei Jahre seit der Zusammenkunft der beiden Monarchen in Björkö im Finnischen Meerbusen voll. Kaiser Wilhelm war auch damals auf einer Reise in den Norden begriffen, der Zar hatte seit langer Zeit Peterhof nicht verlassen. Die Friedensverhandlungen mit Japan standen vor der Tür. Da wurde die Welt von der Nachricht überrascht, daß Kaiser Wilhelm den Kurs seiner Fahrt geändert und daß Zar Nikolaus Peterhof an Bord seiner Yacht „Standart“ verlassen habe. Auf der See verließ er das Schiff, begab sich an Bord des „Kolarfjörn“ und fuhr nach Björkö, wo bald darauf Kaiser Wilhelm auf der „Hohenzollern“ eintraf. Die Nachricht von dieser Zusammenkunft auf dem Meere hat damals in der ganzen Welt großes Aufsehen erregt. Diesmal kommt die Meldung nicht mehr so überraschend, denn schon seit einiger Zeit sind Gerüchte darüber im Umlauf, daß im Laufe des heurigen Sommers eine Zusammenkunft der beiden Monarchen zu gewärtigen sei.

(Telegramm.)

St. Petersburg, 10. Juli. Die „Nowoje Wremja“ entkräftet jetzt den in der Presse gegen sie erhobenen Vorwurf, sie sei dem französisch-russischen Bündnis untreu geworden und strebe ein Bündnis mit Deutschland an. Sie veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel, der von ihrem alten Deutschenhaß durchtränkt ist und speziell die skandinavischen Staaten, sowie Holland und Belgien vor der Politik Deutschlands warnt, welches seine natürlichen Grenzen noch nicht erkannt habe und sich sowohl Angriffswege westlich vom Rhein, als auch die Herrschaft in den Gewässern zwischen der Ost- und Nordsee sichern wolle. Die „Nowoje Wremja“ fordert die Nachbarn Deutschlands auf, ein Bündnis unter sich zu schließen. Die offiziöse deutsche Presse werde versichern, Deutschland sei weit entfernt, die Selbstständigkeit kleiner Nachbarstaaten anzutasten, aber die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts sei überzeugender, als die beredtesten Artikel der deutschen Offiziösen. (!)

Der deutsche Unterricht in Lothringen

SRK. Straßburg, 10. Juli.

Eine von dem Bezirkspräsidenten mit Genehmigung des Oberschulrats erlassene Verfügung, wonach in den Schulen einiger Gemeinden des französisch gemischten Sprachgebiets Lothringens fernerhin der Unterricht ausschließlich in deutscher Sprache zu geben ist, während er bis dahin in diesen Schulen teilweise auch in französischer Sprache erteilt wurde, wird von der klerikalen Presse lebhaft und tendenziös kritisiert.

Es handelt sich dabei aber nur um eine einfache, ordnungsmäßige Verwaltungsmaßregel des Bezirkspräsidenten, dem bekanntlich die Verwaltung der Elementarschulen untersteht. In dem französisch gemischten Sprachgebiete Lothringens sind die Schulen in drei Gruppen eingeteilt: I. solche, mit weniger als 25 Prozent von Schülern der deutschen Muttersprache, II. solche, mit ein Viertel bis zwei Drittel von Schülern der deutschen Muttersprache, III. solche, wo der Prozentsatz der deutschen Schüler ein weit höherer ist. Wenn nun in gewissen Gemeinden dieses gemischten Sprachgebiets nach den Ergebnissen der Volkszählung im Lauf der Zeit eine Verschiebung zugunsten des deutschen Elements und zum Nachteil des französischen eingetreten ist und also der Prozentsatz der Schüler mit deutscher Muttersprache sich geändert hat, so verfügt natürlich der Bezirkspräsident mit Genehmigung des Oberschulrats die Verlegung der betreffenden Schulen von der einen Gruppe in eine andere. Dies ist jetzt geschehen bei den Schulen in Fentisch, Deutsch-Dth, Groß-Moyeuvre und Kneuttingen, die aus der II. in die III. Gruppe versetzt worden sind. In Fentisch gab es unter 304 Schülern 210 mit deutscher, 24 mit italienischer und 70 mit französischer Muttersprache; in Deutsch-Dth unter 665 Schülern 414 mit deutscher, 135 mit italienischer, 116 mit französischer; in Groß-Moyeuvre von 1208 Schülern 883 mit deutscher, 154 mit italienischer, 171 mit französischer und in Kneuttingen von 437 Schülern 227 mit deutscher, 77 mit italienischer und 83 mit französischer Muttersprache. Hierbei werden zu den Schülern mit deutscher Muttersprache sowohl diejenigen gerechnet, deren Eltern beide, als auch diejenigen, deren Vater oder Mutter deutsch sprechen. Für die angegebenen Schulen, die in die Gruppe III versetzt wurden, ist nun der Erfolg, daß für sie fernerhin, wie für alle Schulen der III. Gruppe, der Lehrplan der Schüler im deutschen Sprachgebiet gilt. Bis dahin war dies für sie nicht der Fall, wie sich überhaupt die Schulen der I. und der II. Gruppe dahin unterscheiden, daß in der I. der Lesunterricht in französischer Sprache beginnt, während dieser in der II. in deutscher Sprache anfängt und auf der Oberstufe noch zwei wöchentliche Stunden auf den französischen Sprachunterricht verwendet werden. Das fällt jetzt für die bezeichneten Schulen fort.

Was nun den Religionsunterricht betrifft, so ist die Behauptung, daß dieser zukünftig ebenfalls nur in deutscher Sprache erteilt werden solle, durchaus unrichtig! Der Religionsunterricht, soweit er von dem Lehrer erteilt wird, also soweit er die biblische Geschichte und ein rein gedächtnismäßiges Erlernen und Vorbereiten für den Katechismus umfaßt, wird stets in der Muttersprache der Schüler erteilt und stets werden sonach verschiedene Klassen der Schüler nach den verschiedenen Muttersprachen für den Religionsunterricht gebildet, wenn selbst auch die Minderzahl nur einige wenige Schüler zählt! Deswegen werden auch fünf wöchentliche Stunden dafür in den Lehrplan eingesetzt. Was den eigentlichen Religionsunterricht, den Katechismus, anbelangt, so wird dieser von dem Geistlichen gegeben, sei es in der Kirche, sei es in einem Lokal der Schule. Nach dem katholischen kirchlichen Rechte hat der Bischof allein den Katechismus zu lehren; er überträgt dieses Recht und Amt durch die missio canonica an die Pfarre seiner Diözese, und in deren Händen liegt demnach in Elsaß-Lothringen der eigentliche Religionsunterricht in den Volksschulen.

Die Sprachenfrage im österreichischen Parlament.

Die Scharfmacher im Tschechenklub drängen die Partei zu entscheidenden Schritten. Dem Ministerpräsidenten wurde eine Frist eingeräumt, zu welchem Zeitpunkte die Obstruktion der Tschechischradikalen einsehen soll, wenn bis dahin nicht bestimmte Zusagen für eine den Tschechen günstige Lösung der Sprachenfrage im Parlament vorliegen. Die Tschechischradikalen verlangen, daß die nichtdeutschen Reden vom Senographenbureau aufgenommen und amtlich protokolliert werden. Sie stellen demnach eine Forderung auf, welche von anderen Parteien für undiskutierbar erklärt wird, von seiten der Regierung, von seiten der Deutschen und auch von seiten aller nichtdeutschen Parteien, welche die Arbeitsfähigkeit des Parlaments dauernd erhalten wissen wollen. Die Tschechischradikalen haben bereits 51 Dringlichkeitsanträge vorbereitet, welche dem Präsidium übergeben werden sollen, und wenn sie

von ihrer Absicht nicht abgebracht werden, muß die zweite Lesung des Budgetprovisoriums schon jetzt als obstruiert angesehen werden. Die radikalen Elemente des Tschechenklubs wollen es aber bei diesen Obstruktionsdrohungen allein nicht bewenden lassen. Nach der ersten Lesung des Budgetprovisoriums beabsichtigen die Tschechischradikalen im Verein mit den Agrariern und anderen unzufriedenen Mitgliedern des Tschechenklubs, wieder die zurückgestellten Postulate der Tschechen in den Vordergrund zu rücken. Das Ministerium soll gefragt werden, was es in Angelegenheit der tschechischen Universität in Wäher und der inneren tschechischen Amtssprache vorzuziehen gedenkt. Diese Taktik des Tschechenklubs würde sich auch gegen die beiden Vertreter der jungtschechischen Partei im Ministerium richten, denen zum Vorwurf gemacht wird, daß sie die tschechischen Interessen nicht energisch genug vertreten haben.

(Telegramm.)

* Wien, 11. Juli. Die Tschechen verharren in der Frage der Parlamentsprache bei ihren Forderungen. Da die vom Tschechenklub der Regierung gestellte Präklusivfrist abgelaufen ist, wollen die tschechischen Radikalen mit einem Teil der tschechischen Agrarier die Obstruktion beginnen. Sie haben 51 Dringlichkeitsanträge vorbereitet und gedenken auch technische Obstruktion anzuwenden.

Militärisches aus Frankreich.

(Telegramme.)

* Angers, 11. Juli. In der verflochtenen Nacht sind in der Kaserne des 14. Infanterieregiments Anschlagzettel angebracht worden, die die Soldaten anforderten, sich vor dem Hause des wegen seines Regimentsbefehles gemahregelten Oberjens Auger zu versammeln, um demselben eine Sympathiefundgebung darzubringen. Die Anschlagzettel wurden sofort entfernt und vom Brigadekommandeur wurde eine Untersuchung über die Angelegenheit eingeleitet.

* Paris, 11. Juli. Deputiertenkammer. Gelegentlich der Beratung über den Gesetzentwurf, betr. die direkten Steuern, in der heutigen Vormittagsitzung kritisierte der frühere Admiral Bienaimé (Nationalist) den Zustand der Marine und die Verwaltung des Marineministers. Letzterer wies darauf hin, daß die Schiffsunfälle nicht von heute datierten und machte Bienaimé den Vorwurf, selbst durch Ungeschicklichkeit einen Schiffbruch verursacht zu haben, bei welchem viele Menschen ertrunken seien. Bienaimé rechtfertigt unter großer Unruhe des Hauses sein Verhalten bei der Expedition nach Madagaskar.

Die Haager Friedenskonferenz.

(Telegramm.)

* Haag, 11. Juli. Die erste Unterkommission der zweiten Kommission trat zusammen, um über die Gesetze und Gebrauche der Kriegführung zu beraten. Man diskuterte über den deutschen Vorschlag, betreffend die Notifikation der für die Milizen und die Freiwilligenkorps anzubringenden Unterscheidungsmerkmale. General Amourel (Frankreich) weist auf die Schwierigkeiten hin, die es oft bieten würde, in Anbetracht unvorhergesehener Umstände diese Notifikation auszuführen. Carli (Schweiz) und Guillaume (Belgien) schließen sich diesem Gesichtspunkte an, während Japan den deutschen Vorschlag unterstützt. Bei der Abstimmung wurde der deutsche Vorschlag mit 24 gegen 10 Stimmen abgelehnt und Artikel 2 über die Massenaushebung angenommen.

Arbeiterbewegung.

(Telegramme.)

* Hamburg, 10. Juli. Der Seemannsverband hat an den Verein Hamburger Needer ein Schreiben gerichtet, in dem er sich erbietet, den Streik sofort abzubrechen, wenn die Needer eine Erhöhung der Leberstundenlöhne für die transatlantische Fahrt auf 50 Pfennige und für die Nord- und Ostseefahrt auf 40 Pf. zustimmen und ferner sich bereit erklären, durch Abbruch des Streiks mit einer Kommission von Seeleuten unter dem Vorsitz einer unparteiischen Körperschaft, etwa der Handelskammer oder der Deputation für Handel und Schifffahrt, in Unterhandlung zu treten, um die weiteren Wünsche der Seeleute auf ihre Berechtigung zu prüfen, eventuell Abhilfe zu schaffen. Der Vorstand der Needervereine beschloß, keine Antwort zu erteilen, da er jede Verbindung mit dem Seemannsverband ablehne und der Streik eine praktische Bedeutung für die Hamburger Needereien nicht habe.

* Paris, 11. Juli. In Gravelines beschloßen die Arbeiter infolge eines teilweisen Ausstandes der Arbeiter die Aussperrung. Als sie die Schiffe zum Ausladen nach Calais schicken wollten, widerstehen sich dem die Streikenden und versperren den Hafen trotz Eingreifens der Gendarmen. Aus Düinkerken ist Verstärkung abgeschickt worden.

Die neuen Verträge im Weltpostverein.

I.

* Von dem Postkongress in Washington, auf dem am 15. Juni 1897 der gegenwärtig geltende Weltpostvertrag und seine Nebenabkommen abgeschlossen worden sind, war als nächster Kongressort Rom gewählt worden. Dasselbst haben die Bevollmächtigten der Länder des Weltpostvereins folgende Verträge unterzeichnet: 1. den Weltpostvertrag, nebst Schlussprotokoll; 2. das Übereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen und Paketen mit Wertangabe, nebst Schlussprotokoll; 3. das Übereinkommen, betreffend den Postanweisungsdienst, nebst Schlussprotokoll; 4. den Vertrag, betreffend den Austausch von Postpaketen, nebst Schlussprotokoll; 5. das Übereinkommen, betreffend den Postauftragsdienst, und 6. das Übereinkommen, betreffend den Postbezug von Zeitungen und Zeitschriften. Die neuen Verträge sollen am 1. Oktober 1907 in Kraft treten.

Der Umfang des Weltpostvereins ist unverändert geblieben. Den Nebenabkommen hat sich in Rom eine größere Zahl von Ländern angeschlossen. Columbien, Griechenland und Guatemala sind dem Wertangabedienstverein beigetreten, Bolivien und Kreta dem Postauftragsverein, Columbien und die französischen Kolonien dem Postanweisungsdienstverein, Dänemark, Griechenland und Kreta dem Postauftragsverein, ferner die Argentinische Republik, die dänischen Kolonien und Montenegro dem Zeitungs-Liebereinkommen. Außerdem steht die Beteiligung des Afrikanischen Postkongresses an der Berechnung des Postwertes als ein besonderes Land anzusehen.

Für die Stellung Deutschlands im Weltpostverein und seinen Einfluß auf das Zustandekommen von Beschlüssen ist es von Wichtigkeit, daß für die deutschen Schutzgebiete, die seit dem Washingtoner Kongress an Umfang und Bedeutung erheblich zugenommen haben, eine zweite Stimme erwirkt worden ist.

Im Vordergrund der Verhandlungen standen auf dem Kongress zwei Fragen: die Regelung der Transitentlastigungen für die Briefpost und die Ermäßigung des Briefposttarifs.

Die Lösung der ersten Frage war schon von dem Kongress in Washington versucht worden. Dieser Kongress beschloß, die Ergebnisse der Zahlung des Jahres 1896 den weiteren Zahlungen, die fortwährenden Ermäßigungen unterliegen sollten, zugrunde zu legen. Man hoffte auf diesem Wege zu einer Befreiung der Vergütungen für den Landtransport zu gelangen und die Entschädigungen für den Seetransit, auf deren Wegfall wegen der entgegenstehenden Verträge mit den Schiffsgesellschaften in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist, auf ein möglichst geringes Maß herabzusetzen. Inzwischen hatten sich jedoch die Ansichten vielfach geändert. Auf dem Kongress in Rom zeigte sich die Mehrzahl der Haupttransitländer nicht geneigt, auf ihre Einnahmen aus dem Landtransport zu verzichten. Da unter diesen Umständen die Wiedereinführung von Transitentlastigungen nicht zu umgehen war, kam es darauf an, dahin zu wirken, daß sie nicht zu häufig und in den einfachsten Formen vorgenommen werden. Dem englischen Vorschlag, eine Zahlung alle drei Jahre stattfinden zu lassen, setzte Deutschland nachdrücklich Widerspruch entgegen, und es gelang schließlich, einen Kongressbeschluss herbeizuführen, wonach die Ermittlungen nur alle sechs Jahre anzustellen sind; ausnahmsweise ist der russischen und der japanischen Postverwaltung eingeräumt worden, die Erhebungen über die auf der sibirischen Eisenbahn und der japanischen Eisenbahn in der Manchchurei befördernden Briefsendungen alle drei Jahre vorzunehmen. Auch die Ermittlungen der Transitentlastigungen möglichst zu vereinfachen, sind von Erfolg begleitet gewesen.

Die Herabsetzung der Transitvergütungen für Briefsendungen, die auf dem Kongress in Washington begonnen war, ist vom Kongress in Rom fortgesetzt worden. Nachdem die Vergütung für die in offenem Transit befördernden Briefsendungen nicht mehr nach dem Gewicht, sondern nach der Stückzahl erfolgt, waren neue Vergütungssätze für diese Sendungen vorzuschlagen. England hatte eine Vergütung von 10 Centimen für jeden Brief und von 5 Centimen für jede sonstige Briefsendung vorgeschlagen; doch ist es im Laufe der Verhandlungen gelungen, die Sätze auf 6 und 2½ Centimen zu ermäßigen.

Die Ermäßigung des Briefposttarifs war seit langen Jahren mit Nachdruck erstritten worden. Den Bestrebungen konnte eine gewisse Berechtigung insofern nicht abgesprochen werden, als das Porto seit dem Pariser Postkongress (1878) unverändert geblieben war, während die Transitentlastigungen seitdem nicht unerhebliche Ermäßigungen erfahren hatten. Vorbereitet war die Verbilligung des Vereinsbriefpostens dadurch, daß fast alle europäischen Länder im Verkehr mit ihren Kolonien das Inlandsbriefporto einführten hatten und auch ein großer Teil des sonstigen Auslandsbriefverkehrs auf Grund von Sonderverträgen ermäßigten Sätzen unterlag. Für den Kongress in Rom hatte Deutschland zusammen mit mehreren anderen Ländern die Erhöhung der Gewichtsstufen für Briefe von 15 auf 20 Gramm vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Damit ist die Lebererleichterung der ersten Gewichtsstufe für den inneren deutschen und den Auslandsbriefverkehr erreicht worden. Es lagen aber noch zahlreiche weitergehende Anträge vor. Mit Rücksicht auf den zu erwartenden großen Einnahmefall wurde von der Herabsetzung des Portos für den einfachen Gewichtssatz abgesehen. Dagegen fand ein Vorschlag Annahme, der das Porto für die das einfache Briefgewicht übersteigende Briefe von 25 auf 15 Centimen für je 20 Gramm herabsetzt. Diese doppelte Portormäßigung erzielten einigen Ländern zu weitgehend. Um die Bedenken, die sie geltend machten, zu beseitigen, wurde in das Schlussprotokoll die Bestimmung aufgenommen, daß die Verwaltungen, die aus Rücksicht auf ihren inneren Verkehr oder aus einem anderen Grunde die Erhöhung der Gewichtsstufe von 15 auf 20 Gramm und die Herabsetzung des Portos für die höheren Gewichtsstufen von 25 auf 15 Centimen nicht annehmen können, berechtigt sind, die Anwendung der beiden Bestimmungen oder der einen oder anderen von ihnen vorläufig auszusetzen. Es ist indes nicht anzunehmen, daß viele Länder von dieser Befreiung Gebrauch machen werden.

Von den sonstigen Beschlüssen des Postkongresses, die sich in ihrer Gesamtheit als beachtenswerte Verbesserungen und Erleichterungen für Verkehr und Betrieb darstellen, sind die wichtigsten nachstehend aufgeführt.

Um dem Publikum die Möglichkeit zu gewähren, das Porto für die Antwort auf einen Brief nach dem Ausland im voraus zu bezahlen, hat der Kongress die Einführung von Antwortscheinen beschlossen. Die Beteiligung an der Einrichtung ist den Verwaltungen freigestellt. Die Antwortscheine sind bei den Postanstalten zum Mindestpreise von 28 Centimen käuflich und können in den anderen Ländern gegen Landeswertzeichen im Nennwerte von 25 Centimen umgetauscht werden. Der Aufschlag von 3 Centimen soll Spekulationen, zu denen die Währungsunterschiede Anlaß geben können, vorbeugen. Die Abrechnung zwischen den beteiligten Verwaltungen besorgt das Internationale Bureau des Weltpostvereins auf Grund der eingelösten Scheine. Wenn gleich dem Verfahren wesentliche Mängel anhaften, besonders weil es gegen einen der Hauptgrundsätze des Weltpostvertrags: den Ausschluß jeglicher Abrechnung über Portobeträge, verstößt, so ist doch der erste Schritt zur Einführung einer internationalen Antwortbriefmarke getan und es wird Aufgabe späterer Kongresse sein, das System nach den inzwischen gewonnenen Erfahrungen zu verbessern.

Den Verwaltungen derjenigen außereuropäischen Länder, deren Gesetzgebung dem Grundsatze der Haftung für Einschreibbriefe entgegensteht, war es bisher gestattet, die Erfaherbündlichkeit für solche Sendungen auszuschießen, bis sie von ihren ergebenden Körperschaften zur Einführung dieses Grundgesetzes ermächtigt sind. Der Kongress hat diese Ausnahmebestimmung, die seit dem Pariser Postkongress (1878) besteht, in der Voraussetzung aufgehoben, daß die in Betracht kommenden Länder inzwischen genügend Zeit gehabt haben, eine Aenderung ihrer Gesetzgebung herbeizuführen.

Großherzogtum Baden.

* Karlsruhe, 11. Juli.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vor- und nachmittags in Schloß Baden den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo und empfing mehrere Personen.

Versehlungen gegen Landessteuergesetze.

* Im Jahre 1906 wurden in 8023 Fällen das Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Landessteuergesetze eingeleitet. Erledigt wurden (einschließlich der aus dem Vorjahre rückständigen Prozesse) 8027 Fälle, von denen 69 mit Freitretung, 212 mit Verteilung zu Defraudationsstrafen im Gesamtbetrag von 164 053,40 M., 2818 mit Verteilung zu Ordnungstrafen im Gesamtbetrag von 14 355,90 M. und 4926 mit Verteilung von Verwarnungen endigten. Diese Zahlen verteilen sich auf die einzelnen Steuern wie folgt:

Steuern	Anzahl		Ergebnis der Verurteilungen				Verwarnungen		
	Anhängig geblieben	Erledigte Prozesse	Defraudationsstrafen		Ordnungsstrafen				
			Betrag	Zahl der Verurteilungen	Betrag	Zahl der Verurteilungen			
1. Einkommensteuer	285	304	38	12355	60	188	3079	50	57
2. Gewerbesteuer	13	14	8	5301	62	3	14	50	—
3. Wandergewerbesteuer	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Kapitalrentensteuer	573	585	26	6190	—	330	2319	50	122
5. Weinsteuer	125	187	36	21553	10	45	1163	—	9
6. Biersteuer	6389	6355	48	1149	08	2005	6125	40	4479
7. Fleischsteuer	262	260	2	488	184	748	—	—	120
8. Verkehrssteuer	346	349	44	1823	12	157	751	—	138
9. Erbschafts- und Schenkungssteuer	2	2	10	4676	—	5	150	—	3
Zusammen	8023	8027	212	164053	40	2818	14355	90	4928

** Auf Grund des § 3 Absatz 2 der landesherrlichen Verordnung vom 26. Juni 1906, die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Ingenieurbaufach betreffend, sind seitens des Großh. Ministeriums des Innern im Einverständnis mit dem Großh. Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten nachstehende Diplomingenieure als Ingenieurpraktikanten aufgenommen worden:

Karl Bürkel aus Karlsruhe, Philipp Ditter aus Bellingen, Franz Döbele aus Achern, Heinrich Dörr aus Eppingen, Hermann Gänshirt aus Kippenheim, Karl Häbler aus Donaueschingen, Leopold Oppenheimer aus Dossenheim, Theodor Hückert aus Karlsruhe, Alfred Stalf aus Waldbrunn, Wilhelm Stark aus Karlsruhe, Wilhelm Storch aus Karlsruhe, Manfred Sütterlin aus Hornberg, Erwin Wöhlgenuth aus Wülfrath.

* (Militärverein.) Aus Anlaß des 50. Geburtsfestes seines hohen Protektors, Seiner königlichen Hoheit des Erbprinzen, ließ der Militärverein Höchstämten eine von Herrn Zeichner Klein bei der Großh. Hof- und Domänenverwaltung ausgeführte Glückwunschadresse überreichen. Darauf ist an den 1. Vorsitzenden des Vereins, Herrn Oberrechnungsrat G. A. G. G., folgendes Telegramm eingetroffen:

Für die wunderschön ausgeführte und sinnig ausgedachte Adresse des Militärvereins Karlsruhe und die darin zum Ausdruck gebrachten warmen Glückwünsche zu meinem Geburtstage danke ich hochachtungsvoll aufs herzlichste. Friedrich, Erbgroßherzog.

** Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: am 17. Juni im Zug 98 der Betrag von 3.36 M., abgeliefert in Forzheim; am 30. Juni auf dem Bahnhof in Rastatt eine Geldbörse mit 2.12 M.

Z. (Stadtgärtentheater.) Vor ausverkauften Hause ging gestern abend die mit großer Spannung erwartete Lehar'sche Operette „Die lustige Witwe“ in Szene und erzielte, wie anderwärts, einen starken äußeren Erfolg. Wenn man sich der vielen Riten erinnert, welche die Operettenliteratur der letzten Jahre aufzuweisen hatte, ist dieser Erfolg ein sehr begrifflicher; denn die an sich äußerst geringfügige, von den beiden Textdichtern Viktor Leon und Leo Stein aber geschickt auf drei humordurchwürgte Akte mit reichlich eingestreuten sentimentalen Szenen getretete Handlung erfüllt, wie wenige Sujets den Zweck, eine bis zum Schluss sich immer steigende, animierte Stimmung zu schaffen, die durch effektvolle äußere Ausstattung und die in den großen Ensemblepartien sehr zur Geltung kommende Pracht der Kostüme noch wesentlich erhöht wird. Dazu präsentiert sie sich in einer durchaus frischen und flotten musikalischen Einleitung, deren Stärke neben dem meist langballen Instrumentalpart in der Erfindung melodisch gemüht- und wirkungsvoller, oft auch etwas rühmlich gestimmter und nicht immer direkt originell getaner Liedweisen liegt. Solche sind alle drei Akte ausgefüllt; auch an gefälligen, ansprechenden Tanzweisen ist kein Mangel, der Marsch am Schluss des zweiten, wie das Finale des dritten Aktes von direkt zündender Wirkung. Dagegen ist die pitante Abzweigung der Strauss'schen Weitzer- und Musteroperetten nicht erreicht; ebensowenig die köstliche Art des Almetiers, in seiner leichtesten und eleganten musikalischen Sprache zu charakterisieren, und illustrieren, wenn gleich nach dieser Richtung die Partitur manch hübsche Züge aufweist. Als Ganzes betrachtet, ist somit die „lustige Witwe“ eine Operette von nicht gerade besonderer Originalität; durch das Zusammenwirken einer abwechslungsreichen Handlung und einer ebenförmigen, ansprechenden Musik aber ein sehr zugkräftiges Werk, das den großen Erfolg, den es allenthalben gefunden, begrifflich erscheinen läßt. Das Resultat der Aufführung war ein sehr erfreuliches. Herr Kapellmeister Grob hatte die Operette sehr gut einstudiert und unter seiner sicheren und anfeuernden Leitung kam sie musikalisch hübsch abgerundet heraus. Von den Darstellern, welche sich um das gute Gelingen sehr verdient machten, nennen wir zunächst die Träger der beiden Hauptrollen, Fräulein Rebb, welche die Titelpartie mit reichlich sentimentalem Einschlag sehr geistvoll und ammutig-graziös spielte und durch eine vornehme Gesangsleistung erfreute, sowie Herr Jäger, der einen ledigen, feurigen, durch wirkungsvollen Gesang sich auszeichnenden Danilo bot. Die hübsche Baronin Valencienne sang Fräulein Graichen mit angenehmer Stimme, und die Damen Fräulein Richter (Vesstovia) und Fräulein Dupont (Olga) leisteten in den kleineren Rollen Gutes.

Die Herren Marx, der, im Spiel nicht ganz glücklich, mit seinem ausgiebigen Organ vorteilhaft wirkte, Gilzinger (Baron Beta) und vor allem Gromann (Nebegus) als treffliche Vertreter des Humors, ebenso die Herren Armgard, Glahner und Friebe waren bestens am Platze. Chor und Orchester hielten sich tapfer, die meisten Szenen waren voll Leben und Bewegung. Besondere Anerkennung verdient die Regie des Herrn Hagin, der für eine glanzvolle Ausstattung und farbenreiche Kostüme gesorgt hatte. Das Publikum, das verschiedene der Gesangsnummern da capo begehrte, spendete stürmischen Beifall und rief am Schluß mit den Darstellern die Herren Gromann und Hagin wiederholt vor die Rampen.

Die Direktion teilt uns mit, daß in der Operette „Die lustige Witze“ in den Hauptrollen des Graf Danilo und Hanna Mawari, zuerst von Herrn Jäger und Fräulein Revy dargestellt, die Damen Grabitz, Jiegler und Herr Fürst abwechselnd auftreten werden. Für Samstag den 13. Juli ist die Operette „Das süße Mädel“ angesetzt, und Sonntag den 14. gelangt „Die Fledermaus“ von Joh. Strauß zur Aufführung.

(Aus der Sitzung der Strafkammer II vom 9. Juli.) Vorsitzender: Landgerichtsrat Dr. Schmid. Der heute zuerst zum Anruf gelangte Fall, die Anklage gegen den Sattler Karl Friedrich Laun aus Königsdorf wegen Diebstahls, wurde wegen Labung weiterer Zeugen vertagt. — Angeklagt wegen Diebstahls, Körperverletzung und Uebertretung des § 360 Ziffer 8 R.-St.-G.-B. war der Schneiderlehrling Karl Heiß aus Brödingen. Das Gericht erkannte gegen den Angeklagten auf 12 Tage Gefängnis und 3 M. Geldstrafe. — Der nächste Fall, die Anklage gegen den Maurer Jakob Hellmann aus Forch wegen Körperverletzung, wurde vertagt. — Vor dem Schöffengericht Forchheim hatte sich am 18. Mai der Tagelöhner Wilhelm Bischer aus Gemeindefeld wegen Körperverletzung zu verantworten. Er erhielt damals 5 Wochen Gefängnis. Gegen das schöffengerichtliche Urteil legten sowohl die Staatsanwaltschaft wie der Angeklagte Berufung ein. Das Gericht verwarf die Berufung des Bischer, gab dagegen der Staatsanwaltschaft statt, indem es die Strafe auf 3 Monate Gefängnis erhöhte. — Gleichfalls auf eine empfindliche Gefängnisstrafe erkannte die Strafkammer in einer Anklage wegen Körperverletzung, der eine Messerschere zu Grunde lag. Der Mechaniker Otto Gustav Daiber aus Schillingen wurde zu 2 Jahren Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, verurteilt. — Die Anklage gegen den Goldschmied Friedrich Gauß aus Schillingen und Genossen wegen Körperverletzung gelangte nicht zur Verhandlung. — In der Berufungssache des Mechanikers Julius Plüger aus Springen wegen Schererei erging ein freisprechendes Erkenntnis. Das Schöffengericht Forchheim hatte gegen Plüger auf 1 Woche Gefängnis erkannt gehabt. — Der zu Forchheim im Hause Rudolfsstraße 6 wohnende Maurer Gustav Falbau aus Tolmezzo (Tizian) wurde in der Nacht vom 28. auf 29. Mai dabei erwischt, als er in den Hof des Nachbarhauses übergestiegen war, und dort im Begriffe stand, ein dem Schlosser Hisinger gehörendes Fahrrad zu entwenden. Wegen versuchten schweren Diebstahls erhielt Falbau 3 Monate Gefängnis, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft. — Gegen ein Urteil des Schöffengerichts Forchheim, von dem er zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden war, hatte der Lotteriefollekteur Paul Guida aus Waldhausen Berufung eingelegt. Das Gericht gab derselben insoweit statt, als es die Strafe auf 50 M. ermäßigte. — Die Berufung des Eugen Freihofers aus Forchheim, den das Schöffengericht Forchheim wegen Unterschlagung mit 6 Monaten Gefängnis bestrafte, hatte ebenfalls Erfolg. Die Strafe wurde auf 5 Monate herabgesetzt.

(Aus dem Polizeibericht.) Im Stadtgarten kam einem Schüler eine silberne Remontuhr mit goldener Kette im Werte von 80 M. abhanden. — Einem Dienstmädchen in der Waldstraße wurde am 9. d. M. mittels Nachschlüssel eine goldene Damenuhr mit goldener Kette im Werte von 100 M. und 9 M. in bar gestohlen. — In der Fähringerstraße stahl gestern ein Unbekannter aus einer Mansarde mittels Nachschlüssel eine silberne Damenuhr, goldene Ringe und Broschen im Werte von 62 M.

* Mannheim, 10. Juli. 173 098 Einwohner zählt Mannheim nach der Berechnung des Statistischen Amtes Ende Mai 1907. — Die städtischen Straßenbahnen beförderten im Monat Mai 2 626 207 Personen. Vereinnahmt wurden 259 952,90 M. (gegen 187 867,30 M.). — Im Mai erzielte in der Stadttheater die erste Aufführung der Jubiläumsspiele (Meisterfänger) mit 1302 Besuchern den Monatsrekord. Den geringsten Zuspruch mit 301 Besuchern fand die zweite Aufführung von „Herodes und Mariamne“. Im Neuen Theater hatte den stärksten Besuch die Aufführung des Schwantes „Fortsetzung folgt“ (1404 Personen) aufzuweisen. Diese Vorstellung wurde allerdings ausschließlich von Teilnehmern am gemeinsamen Stenographentag besucht. Am letzten war das Haus bei der ersten Vorstellung im Berichtsmonat, bei der vor 69 Besuchern „Die Haubenlerche“ gegeben wurde.

** Landwirtschaftliche Versprechungen und Versammlungen. Landwirtschaftliche Versprechungen. Am Sonntag den 14. Juli in Niederwinden, Gemmingen und Fahrenbach. Generalversammlungen der Kreditvereine etc. Am Samstag den 13. Juli in Ottersdorf; am Sonntag den 21. Juli in Hingeshelm. Generalversammlungen der Orts-, Konsum- und Absatzvereine etc. Am Sonntag den 14. Juli in Gauangeloch, Ketzingen, Seiligkreuzsteinach, Gattingen, Dogern, Vammmental, Neilsheim und Weingarten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Baden, 11. Juli. Seine Majestät der Kaiser ist nach guter Fahrt in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag hier eingetroffen. Das Wetter ist meist trübe. In Nord ist alles wohl.

* München, 11. Juli. Zum Ministerpräsidenten in Bern wurde der königliche Ministerialrat und Reichsberolord Ritter v. Böhm unter gleichzeitiger Verleihung des Titels und Ranges eines königlichen Staatsrates im auswärtigen Dienst ernannt.

* Paris, 10. Juli. Deputiertenkammer. Das Haus fährt in der Beratung des Einkommensteuergesetzes fort. Finanzminister Caillaux antwortet auf die Ausführungen früherer Redner und erinnert daran, 413 Deputierte hätten in ihrem Wahlprogramm sich für eine Steuerreform ausgesprochen, darunter 203 für eine Einkommensteuer. Der Minister zeigt die Notwendigkeit, dem Beispiel der großen europäischen Nationen zu folgen, die seit 10 Jahren ihre Steuern umgewandelt hätten. Caillaux entwickelt in großen Zügen den Entwurf, der die Ungleichheit der gegenwärtigen Steuererhebung und Gewerbesteuer verbessere. Die Reform sei nicht so bedeutend, daß dadurch das Bild des gesellschaftlichen Lebens verändert werden würde. Im weiteren Verlauf wendet sich der Finanzminister gegen die

an der Vorlage geübte Kritik und sagt dann, das Gesetz werde zwei Jahre nach seiner Annahme zur Anwendung gelangen. Caillaux legt dann dar, daß die Landbewohner und die Fabrikarbeiter entlastet würden und daß keinerlei inquisitorische Maßregeln Platz greifen würden. Zum Schluß fordert der Finanzminister das Haus auf, ein gerechtes und billiges Steuersystem einzuführen. Wenn die radikale Partei das Vertrauen des Landes im Besitze behalten wolle, so müsse sie die Vorlage Gesetz werden lassen. Jaurès beantragt hierauf Fortsetzung der Beratungen, damit alle Parteien gehört würden. Die Regierung könne die Debatte nicht mit der Rede des Ministers schließen. Das Haus beschließt trotzdem, die Tagesordnung für die morgige Nachmittagsitzung erst morgen vormittag festzusetzen.

* Paris, 11. Juli. Unter dem Vorstehe des Kardinal-Erzbischofs von Lyon findet heute eine Versammlung der Bischöfe Südranfranks statt, um drei Kandidaten für die durch den Rücktritt des Mgr. Sœur erlebigen Erzbistums von Abignon namhaft zu machen. — Der Marécausschuß der Kammer hat die Beratung des Gesetzes betr. die Abgabe der eingetragenen Seeleute endgültig fertiggestellt. Im großen und ganzen hat sich der Ausschuß an den Regierungsentwurf angelehnt, jedoch einige wichtige Änderungen zugunsten der eingetragenen Seeleute vorgenommen. — Dem „Echo de Paris“ zufolge ist der französische Vorkämpfer in Washington, Juffenand, hier eingetroffen, und hat dem Minister des Auswärtigen, Bidon, die amerikanischen Vorschläge eines Handelsabkommens überreicht.

* Paris, 11. Juli. Aus Narbonne wird gemeldet, daß fast sämtliche Gemeindeverwaltungen bei der Unterpräfektur ihre Demission zurückgezogen haben.

* Brüssel, 11. Juli. Kammer. In Beantwortung einer Anfrage erklärt der Ministerpräsident, die Regierung habe den Kongress davon benachrichtigt, daß sie beabsichtige, den Kammer seine Annetierung vorzuschlagen. Der Kongress habe mit dem Ersuchen fortiger Einleitung der Verhandlungen geantwortet. Nach seiner, des Ministerpräsidenten, Ansicht werde der Gesetzentwurf, betreffend die Annetierung des Kongress, noch während der laufenden Session eingebracht werden können.

* London, 11. Juli. In dem Bericht des Komitees für die Prüfung der Frage, ob England der im vergangenen November in Berlin unterzeichneten Konvention über die Funkentelegraphie beitreten soll und der diese Frage befaßt, heißt es unter anderem: Das Komitee empfiehlt, daß, wenn in Uebereinstimmung mit seinem Bericht beschloffen wird, der Konvention beizutreten, die Regierung für gleichzeitige Ratifikation der Konvention durch die Hauptmächte, welche die Konferenz für Funkentelegraphie gebildet haben, eintreten möge.

* St. Petersburg, 11. Juli. Das Gerücht über politische Verhaftungen im Militärlager von Krassnoje Selo entbehrt jeder Begründung.

* Konstantinopel, 11. Juli. Der französische Geschäftsträger hat heute die Zustimmung seiner Regierung zur Erhebung des Zollzuschlages von 3% offiziell bekannt gegeben.

* Washington, 11. Juli. Die Regierung fordert, daß die Tabaktruggesellschaft auf ihren Besitz oder auf den Aktienbesitz irgend einer Gesellschaft, den sie beherrscht, beschränkt werden und daß der Empirical Tobacco-Company verboten werde, innerhalb der Jurisdiktion der Vereinigten Staaten Geschäfte zu treiben, bis sie aufhört, die Bedingungen ihrer mit den amerikanischen Gesellschaften getroffenen Abkommen zu beobachten.

* Newyork, 10. Juli. Admiral Yamamoto ist, von Europa kommend, hier eingetroffen und erklärte, er sei der Ansicht, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan von langer Dauer sein werden. Der gegenwärtige Sturm werde sich in den Gewässern des Stillen Ozeans legen. Viel hänge bei der gegenwärtigen Lage von der Haltung der Presse ab.

* Kalkutta, 11. Juli. Zwei zum Doykott der englischen Waren ausfordernde Personen, namens Goffain und Gaffur, wurden in Barisal verhaftet und wegen Aufruhrs unter Anklage gestellt. Man glaubt, daß der Aufruhrparagraf zur Anwendung zu bringen ist, wegen der Natur der Schriftstücke, die die Polizei in der Wohnung Goffains gefunden hat. Die Angelegenheit ruft unter den Bengalen das größte Aufsehen hervor, da Goffain in der Doykottbewegung besonders tätig und mit den Führern der Bewegung eng befreundet war.

* Tanager, 11. Juli. Anhänger Kaisulis hatten vor einiger Zeit an der Straße nach El Mar gelegene Karwanerei geplündert. 400 Soldaten, welche abgehandelt wurden, plünderten den Stamm, welcher die Leute Kaisulis unterstützte hatte, töteten vier, verwundeten 14 Personen und zerstörten das Dorf. Die Soldaten verloren nur einen Toten.

Verschiedenes.

† Berlin, 11. Juli. (Telegr.) In einem einfachen Briefe ist am Mittwochabend das aus der Nationalgalerie entwendete Bild, das den Jaten Nikolaus I. mit militärischem Gefolge darstellt, der Verwahrung der Galerie wieder zugestellt worden.

† Hamburg, 10. Juli. Die Apparate der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung zeichneten gestern Abend wiederholt heftiges Zittern von fast zweistündiger Dauer auf, das in einer Entfernung von mehr als 13 000 Kilometern von hier stattgefunden haben muß. Wenn das Beben kein Seebeben gewesen ist, und wenn bewohnte Gebiete der Erde getroffen sein sollten, so muß es eine äußerst zerstörende Wirkung gehabt haben. Es begann um 8 Uhr 3 Min. 27 Sek. abends; der Anfang der Hauptbewegung war gegen 8 Uhr 40 Min., der stärkste Stoß kurz vor 8 Uhr 53 Min. mit einem Ausschlag von fast sechs Millimetern. Das Beben endete bald nach 10 Uhr abends.

† Hamburg, 10. Juli. Der vierjährige Knabe einer Frau Kalmann aus Berlin ist aus einem fahrenden Schnellzug gestürzt und tot geblieben. Das Kind hatte beim Spielen die Tür des Abteils geöffnet.

† Hamburg, 11. Juli. Die Nacht „Hamburg“ verlief nach dem Sturme während der Megatta Helgoland-Ostende die Großschiffe wie ein Weib, wobei der erste Seemannsbrand, sowie der Matrose Weiphal über Bord geschleudert wurden. Beide ertranken. Die Nacht gab die Megatta auf.

† Kiel, 11. Juli. Das Linienschiff „Löhrling“ wurde bei einem Manöver von dem Torpedoboot, S. 110 angegriffen und erheblich beschädigt. Das Schiff ist zur Reparatur in die hiesige Kaiserliche Werft gegangen. Dem Torpedoboot wurde der Bug eingedrückt. Verletzt ist niemand.

† Leipzig, 11. Juli. (Telegr.) Vom Schöffengericht wurde der ehemalige Stadtkassier Ernst Paul Grühmann wegen schwerer Unterschlagung im Werte zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Grühmann hatte 136 000 M. städtische Gelder unterschlagen.

† Bad Harzburg, 11. Juli. Am Fuße des Burgberges ist eine neue Solquelle erschlossen worden, die im Gegensatz zu der alten Solquelle, die 6½ Proz. Sole enthält, 13 Proz. Sole enthält. Die neu erschlossene Quelle wirft täglich das Zehnfache der alten Quelle aus.

† Friedrichshafen, 10. Juli. Die meteorologische Drachenstation, die dem Zusammenwirken des Reichs und der Bodenseeuferstaaten ihre Entstehung verdankt, ist nunmehr fertiggestellt. Man wird jetzt die Drachen von einem kleinen schnellfahrenden Dampfer aus bei jeder Witterung ausfliegen können. Bei Windstille wird durch die Eigenbewegungen des Dampfers der erforderliche Luftzug erzeugt; bei Sturm kann man die Geschwindigkeit der Luft um die Geschwindigkeit des Dampfers vermindern. Man hofft, durch die mit den Drachen angestellten Experimente vor allem Aufklärung über die Natur des Föhn zu erhalten.

† Brüssel, 11. Juli. (Telegr.) Ein bewegener Raub wurde im Kölner Zug zwischen Lüttich und Löwen begangen. Die Räuber drangen in den Postwagen ein und schnitten die nach England bestimmten Briefsäcke auf. Welche Bedeutung dem Raube beizumessen ist, steht noch nicht fest.

† Teramo, 11. Juli. (Telegr.) Gestern Abend brach in der phrototechnischen Fabrik von Biocchi Feuer aus, bei dem angeblich eine Person getötet wurde und mehrere andere schwere Verletzungen erlitten.

† London, 11. Juli. (Telegr.) Den Blättern wird aus Newyork gemeldet, in Philadelphia sei eine große Gießerei eingestürzt, 40 Personen seien dabei ums Leben gekommen, 15 Leichen seien geborgen.

† Newyork, 10. Juli. Der Dampfer „Kronprinz Wilhelm“ ist auf der Fahrt von Hamburg hierher mit einem Eisberg zusammengestoßen. Da das Schiff in der Dunkelheit langsam fuhr, erlitt es glücklicherweise keinen ernsthaften Schaden.

† Johannesburg, 10. Juli. (Telegr.) Das Hotel zur Krone in Boksburg wurde gestern Nacht durch eine Dynamitexplosion zerstört. Die Explosion wurde in ganz Johannesburg gehört. Es sind noch weitere Dynamitanschläge verübt worden, die große Verunreinigung hervorgerufen haben. Nahe bei dem Schachte der Cassimmine explodierten zwei Bleibüchsen mit Dynamit, ohne Schaden anzurichten. Ferner wurde ein fruchtloser Versuch gemacht, den Schacht der Neumodderfontainne zu zerstören. — In dem Pumpwerk einer Goldmine ereignete sich gestern eine heftige Dynamitexplosion, durch die das Pumpwerk beschädigt und die angrenzenden Gebäude zum Einsturz gebracht wurden.

Literatur.

S. Auf dem Gebiet der bildmäßigen, künstlerischen Photographie sind, wie uns von geschätzter Seite geschrieben wird, in den letzten Jahren so bedeutende Fortschritte gemacht worden, daß man in dieser, von seiten der Kunstkritiker oft recht geringschätzig beurteilten Seite der Kunstgewerblichen Tätigkeit jetzt geradezu staunenswerten Leistungen begegnet. Das Verdienst, die neuen Erfindungen der Technik und Kunstausstattung dem Berufsphotographen allgemein zugänglich gemacht zu haben, gebührt ohne Zweifel der staatlich subventionierten Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Lichtdruck und Gravüre zu München, die unter der bewährten Leitung des Professors Emmerich sich zur ersten Bildungsanstalt für Photographen in Deutschland herausgearbeitet hat. In Fachkreisen längst rühmend anerkannt, ist sie dem großen Publikum weniger bekannt geworden, wenigstens ihre regenreiche Einwirkung auf das photographische Kunstgewerbe in ganz Deutschland sich geltend macht. Um nun auch weiteren Kreisen über ihr Wirken Rechenschaft zu geben, hat die Anstalt im Jahrbuch im Selbstverlag herausgegeben, das als eine hervorragende künstlerische Tat erscheint. Geschmückt mit 18 Tafeln, die die verschiedenen Reproduktionstechniken in vollendeten Proben wiedergeben, stellt das Buch auf 16 S. die wichtigsten Angaben über die Anstalt zusammen. Dann folgen mehrere technische Aufsätze, die Rezepte, wie sie an der Anstalt im Gebrauch sind, und der Jahresbericht, der von einer imponierenden Fülle von Arbeit und Erfolge Kunde gibt. In exquisitem Geschmack technisch hergestellt, ist das Buch als Prachtwerk zu werten, das unmittelbar beweist, wie viel ernstes Fleiß und welche hervorragenden Köpfe in der Lehrerschaft und den Schülern dieser Anstalt vereinigt ist. Das Werk ist in 700 Exemplaren abgezogen worden und kann von der Anstalt selbst bezogen werden. Nicht nur der Techniker, sondern auch der Dilettant und der Laie wird daraus manche Belehrung und reichen Genuß schöpfen.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydr. vom 11. Juli 1907.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern ganz wesentlich umgestaltet. Der hohe Druck hat sich auf Nordwesteuropa zurückgezogen und über dem östlichen Europa hat sich ein Gebiet niedrigen Druckes entwickelt, das ein Minimum über Ungarn enthält. Flache Teildepressionen befinden sich außerdem über Südschweden und über dem westlichen Mitteldeutschland. Die durch die geschilderte Luftdruckverteilung bedingte nordwestliche Luftdruckzufuhr hat abgeflusst; das Wetter ist dabei meist trüb und regnerisch. Da das Ortsbarometer steigt, so scheinen sich die Minima zu entfernen oder auszufüllen; es ist deshalb vorerst noch kühles Wetter mit Regenfällen, dann aber Aufklärung zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 11. Juli früh.

Lugano wolkenlos 18 Grad; Biarritz Nebel 15 Grad; Nizza wolffig 20 Grad; Triest wolkenlos 24 Grad; Florenz wolkenlos 18 Grad; Rom wolkenlos 18 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Abf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
10. Nachts 9 ^u	756.1	14.7	11.3	91	SW	bedeckt
11. Morgs. 7 ^u	757.0	11.8	8.8	86	SW	bedeckt
11. Mittags 2 ^u	759.3	12.3	9.9	94	SW	Regen

Höchste Temperatur am 10. Juli: 20.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 11.6. Niederschlagsmenge des 10. Juli: 6.5 mm.

Wasserstand des Rheins am 11. Juli, früh: Schusterinsel 3.55 m, gefallen 30 cm; Rehl 3.96 m, gestiegen 15 cm; Maxau 5.51 m, gestiegen 21 cm; Mannheim 4.88 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Käß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.



Kaiser-Borax

Zum tägl. Gebrauch i. Wasch- wasser, ein unentbehrliches Toilettemittel, verschönert d. Haut, macht zarte weisse Hände. Nur echt in roten Cart. Preis 10, 20 u. 50 Pf. Kaiser-Borax. Solte 50 Pf. Toilette-Seife 25 Pf. Spezialitäten der Firma Heinrich Mack in Ulm a. D.

